

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	364
		TOP:	15
Verhandlung		Drucksache:	513/2022
		GZ:	SWU
Sitzungstermin:	15.11.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Hemmerich (ASW)		
Protokollführung:	Frau Klemm / th		
Betreff:	Umsetzung Hauptradroute 41 entlang der Jahnstraße und Mittleren Filderstraße zwischen Gänsheidestraße und Ruhbank		

Vorgang: Ausschuss für Stadtentwicklung u. Technik v. 27.09.2022, öffentlich, Nr. 296
Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 14.09.2022, GRDRs 513/2022, mit folgendem

Beschlussantrag:

Der Vorplanung zur Hauptradroute 41 entlang der Pischekstraße, Jahnstraße und Mittleren Filderstraße zwischen den Knotenpunkten Pischekstraße/Planckstraße und Ruhbank (gem. Anlage 1) wird zugestimmt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Ein Vortrag zu der Thematik wird auf Nachfrage des Vorsitzenden nicht gewünscht.

Zustimmung zu der Beschlussvorlage signalisieren StRin Dr. Lehmann (90/GRÜNE), StR Conzelmann (SPD), StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierchutzpartei), StR Serwani (FDP), StRin Köngeter (PULS) sowie StR Schrade (FW).

StRin Königeter bekräftigt jedoch gleichzeitig ihre bereits bei der Einbringung geäußerte Kritik an dem Vorschlag der Verwaltung.

Ablehnend äußern sich StR Kotz (CDU) und StR Dr. Mayer (AfD).

Sie hoffe, beginnt StRin Dr. Lehmann die Aussprache, heute mit sehr breiter Mehrheit das Projekt beschließen zu können. So habe man die Verkehrsfläche für den Kfz-Verkehr zwar reduziert, behindere ihn damit aber nicht. Im Gegenteil gewinne man Fläche für die Radfahrenden und fördere damit den Umstieg vom motorisierten Individualverkehr (MIV) auf das Fahrrad. Sie bitte um Prüfung der nachfolgend aufgeführten Einzelheiten:

- Radweg bergauf ab der Spinne alsbald - zumindest in Teilen
Auf einen formellen Antrag verzichte ihre Fraktion, sofern die Verwaltung zusage, diese Anregung ernsthaft zu prüfen.
- Verhinderung von Mischverkehr Rad und MIV an der Spinne
Den Mischverkehr (Rad und MIV) ab der Spinne aufwärts mit Spurwechsel für den MIV von einer zwei- auf eine einspurige Fahrbahn, halte sie für schwierig und schlage vor, den Abschnitt über eine entsprechende Ampelschaltung an der Spinne für den Radverkehr so lange freizuhalten, bis dieser den eigentlichen Radweg erreiche.

Eine entsprechende Prüfung der Optimierung der Signalschaltung sagt Herr Hemmerich ebenso zu wie eine frühzeitige Einrichtung des Radstreifens. Letzteres müsse allerdings einerseits mit den weiter oben gelegenen Anschlüssen passen und andererseits mit dem Tiefbauamt sowie der Verkehrsbehörde betrachtet werden.

- Wechsel der Straßenseite Radverkehr Gerokruhe/Gänsheidestraße
Nach bisheriger Planung müssen die Radfahrenden an der Gerokruhe bergabwärts über eine Signalanlage die Straßenseite wechseln. StRin Dr. Lehmann schlägt vor, das Signal für den MIV zu modifizieren, damit der Radverkehr auch auf die zweispurige Pischekstraße wechseln und dort ungestört und zügig bergab fahren könne. Dazu müsse neben dem regulären Weg über die Gänsheidestraße die Wegführung über die Pischekstraße entsprechend optisch gekennzeichnet werden.

Auch StR Schrade bereitet die Querung noch gewisse Sorgen.

Letzteres könne in der weiteren Planung berücksichtigt werden, so Herr Hemmerich, der eine dritte Signalphase für die Radfurt mit Vor- oder Nachrang des Radverkehrs für eine komfortable Einfahrt in den Mischverkehr stadteinwärts in Aussicht stellt. Die Ausgestaltung der Signalschaltung obliege einer Abstimmung mit dem Tiefbauamt. Die jetzige Lösung, so Herr Hemmerich, sei verwaltungsintern intensiv diskutiert worden, man sei sich aber letztlich einig über die Fortführung des Angebotes in zwei Richtungen bis zur Gänsheidestraße gewesen, auch unter Einbeziehung der Stadtbahnführung.

Bei der Einbringung, begründet StR Kotz die Ablehnung der Vorlage, habe seine Fraktion bereits deutlich gemacht, dass man die bauliche Umsetzung nicht für die beste Variante einer guten Radwegeverbindung auf die Filderebene halte. Die Beratung in den Bezirksbeiräten habe ihn in dieser Auffassung bestärkt.

Eine andere Wahrnehmung des Votums der Bezirksbeiräte schildert hingegen StR Conzelmann. So habe der Bezirksbeirat Ost große Zufriedenheit mit der Planung signalisiert. Seine Fraktion halte die Planung für sehr gut.

Dem schließt sich StR Serwani (FDP) - auch im Namen der beteiligten Bezirksbeiräte der FDP - an. Man sehe eine Verbesserung für den Radverkehr gegenüber der heutigen Verkehrsflächengestaltung. Der von ihm hinterfragte Belag für den gemeinsamen Geh- und Radweg sei noch zu bestimmen, informiert Herr Hemmerich. Das dort ankommende Regenwasser sowie die Feuchtigkeit des Grünstreifens solle der Bewässerung des Baumbestandes dienen, wobei dieser direkt nach der Pflanzung ergänzend bewässert werde.

"Unter Schmerzen", so StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tier-schutzpartei) werde man der Planung letztlich zustimmen. Aus dem Blickwinkel der Flächengerechtigkeit betrachtet, stelle seine Fraktion sich eine Variante vor, bei der auf beiden Seiten Fahrspuren des MIV zugunsten der Radfahrenden weggenommen würden. Das Programm "Mobiles Baden-Württemberg" sehe 70 % weniger Autoverkehr vor. Gleichwohl seien die von StR Kotz angesprochenen 50 % weniger Autoverkehr für ihn aber ein Kompromiss hin zum Klimaziel 2035. Dazu müsse man jedoch seiner Ansicht nach eine in Gänze attraktive und sichere Radinfrastruktur schaffen, indem man den dadurch verringerten Autoverkehr und nicht den Status quo zugrunde lege. Nur so verändere sich das Mobilitätsverhalten hin zu einer massiven Zunahme des Radverkehrs. Herr Hemmerich entgegnet, man gehe zwar mit der Planung bei der Abbildung des Bestandes an die Grenzen des Machbaren (nachmittags Verkehrsdichte Stufe D), müsse aber, um dem Straßenverkehrsrecht Rechnung zu tragen, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs für alle Verkehrsarten nachweisen. Nehme man konkret z. B. stadteinwärts einen Fahrstreifen weg, bewege man sich in einem Bereich, der mit dem heutigen Straßenverkehrsrecht nicht kompatibel sei. Zugleich verweist er auf perspektivisch in der Planung vorgesehene Verbesserungen zur Realisierung eines vollen Rad-schnellwege-Standards: Nehme der Radverkehr zu und der MIV gleichzeitig nicht ab, könne man eine Verbreiterung des Gehwegs in den Wald vornehmen, oder bei einer tatsächlichen Abnahme des MIV den zweiten Fahrstreifen stadteinwärts aufgeben. Sicherheit und Leichtigkeit würden bei Wegnahme einer Fahrspur nicht gefährdet, zeigt sich StR Rockenbauch überzeugt. Interimzustände und ein Schritt-für-Schritt-Vorgehen hingegen hält er für falsch und bekräftigt seine zuvor geäußerten Argumente. Der Stadtrat verweist in dem Zusammenhang auf eine höherrangige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVG), der zufolge Klimaschutz eine Pflichtaufgabe darstelle. Man könne nicht warten, bis Gesetze entsprechend geändert werden. Vielmehr brauche es ein Commitment in der Stadtverwaltung, wie es in Freiburg mit der Stellplatzverordnung gehandhabt worden sei. Es gehe letztendlich um nicht weniger als die Zukunft kommender Generationen. Der Vorsitzende bekräftigt, man tue gut daran, Recht und Gesetz einzuhalten und mahnt, den Rechtsstaat nicht wechselweise zu den eigenen Gunsten auszulegen. Er führt als Beispiel den umgekehrten Fall der angedrohten Klage gegen die Verwaltung bei Nichteinhaltung von Recht und Gesetz bei der Erstellung von Bebauungsplänen an. Die Bundesregierung müsse für die Anpassung untergelagerter Gesetze an die Rechtsprechung des BVG sorgen, damit die Kommunen gesetzeskonform arbeitsfähig seien. Das heiße aber nicht, kontert StR Rockenbauch, dass nicht gehandelt werden könne, solange keine Klarheit herrscht. Auch eine StVO, die nicht explizit Klimaschutz und Soziales erwähne, müsse sich an höherrangiges Recht halten, damit der Rechtsstaat in sich nicht ins Leere laufe. Damit riskiere man im schlimmsten Fall lediglich Rechtsstreite, die man aber letztlich gewinnen werde. Wäh-

rend StR Dr. Mayer diesen Vorschlag verurteilt und die Verwaltung bittet, ihm nicht zu folgen, fragt sich StR Kotz, wo eine solche Orientierung an höherrangigen Zielen (Klimaschutz) anfangen, wo sie ende und wem die Entscheidung darüber obliege. Auch der Vorsitzende hält Rechtsverfahren für die schlechteste Lösung. Die gleiche Problematik stelle sich beim Energieausbau. Der vorliegende Vorschlag einer deutlichen Verbesserung dieser Radstrecke schöpfe die Möglichkeiten der Verwaltung aus und erfreue sich großer Zustimmung in den Bezirksbeiräten und einer politischen Mehrheit im Rat. StR Conzelmann relativiert, es könne z. B. bei der Planung der neuen B14 durchaus zu rechtlich kritischen Situationen kommen, die ggfs. in Kauf genommen werden müssten, wenn man nicht am Status quo festhalten und vorankommen wolle.

Auch sie mache sich Gedanken über die Möglichkeiten zügiger Realisierung einer umfassenden Radinfrastruktur, sagt StRin Dr. Lehmann. Schließlich sehe man an Beispielen wie Kopenhagen erfahrungsgemäß ein 50 - 60%iges Umstiegspotenzial vom MIV auf das Rad, was in Stuttgart noch lange nicht ausgenutzt sei. Gleichwohl empfinde sie den heute debattierten Radweg keineswegs als unsicher, sondern vielmehr als Chance, Menschen zu einem Umstieg auf das Rad zu motivieren, um danach eine Reduzierung des MIV feststellen zu können. Auf Grundlage der heute anzuwendenden Gesetzeslage schaffe man mit dem vorliegenden Angebot dafür eine große Chance, die man ihrer Ansicht nach nutzen sollte.

Die Argumentation der Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei und der CDU gingen zwar in verschiedene Richtungen, fasst StR Kotz zusammen, zeige aber die verschiedenen Gründe für eine Ablehnung bzw. kritische Sicht der Vorlage auf.

Sowohl er wie auch die Bezirksbeiräte seiner Fraktion, so StR Schrade, hielten die Planung für schlüssig, sicher und sehr gut. Kleinere Einschränkungen des Kfz-Verkehrs nehme man in Kauf. Anschließend beantragt der Stadtrat mündlich und auf der Grundlage eines einstimmigen Beschlusses des Bezirksbeirats Ost, eine Radzählstelle an geeigneter Stelle zu installieren, um die Entwicklung der Radverkehrszahlen verfolgen zu können. Das begrüßt Herr Hemmerich, zumal man zusammen mit der an dieser Stelle ebenfalls installierten Kfz-Zählstelle interessante Ergebnisse erwarte.

Die Zählstelle sei sicher ein guter Vorschlag, so StR Dr. Mayer, wenngleich er es für besser halte, vor der Veränderung der Verkehrsfläche eine Zählung durchzuführen.

Bei dem heutigen Beschluss handele es sich um eine Vorplanung, betont Herr Hemmerich. Es werde im Anschluss ein VgV-Verfahren durchgeführt, um ab Ende 2024 nach der Entwurfs- und Ausführungsplanung mit dem Bau beginnen zu können. Natürlich gebe es an einigen Stellen Verbesserungsmöglichkeiten, die man ins Auge fasse und auch mit den in der Folge geplanten, weiteren Achsen (Spinne, Ruhbank, Sillenburg, Filderstadt, Jahnstraße) in Zusammenhang stellen wolle.

Zunächst lässt der Vorsitzende über den Antrag von StR Schrade abstimmen, eine Radzählstelle einzurichten.

BM Pätzold stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über die Beschlussvorlage.

BM Pätzold stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik stimmt der GR Drs 513/2022 mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen zu.

Zur Beurkundung

Klemm / th

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
VVS
 2. S/OB
S/OB-Mobil
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 5. Referat T
Tiefbauamt (2)
 6. BVin Ost, BV Süd
 7. *BezÄ De, Si*
 8. Amt für Revision
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand